Fernsprech-Stellen [illegible]

[illegible]

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Ober-Hemden
Adolf Helm
32 Webergasse 32.

Gegründet 1832. Für das Weihnachtsfest empfiehlt sein reichhaltiges Lager in feinen Lederwaaren, Album, kunstgewerbl. Gegenständen, Fächern und Schmucksachen
Julius Mähler, 26 Wilsdrufferstr. 26. Gegründet 1832.

Julius Schädlich, am See 40
Petroleum-Lampen, Kerzen-Kronleuchter.

Neuheiten in Flanellen und Lamas sind nunmehr sämmtlich eingetroffen und mache auf meine Kleiderlamas und Morgenkleider-Stoffe ganz besonders aufmerksam.
W. Metzler, 15 Altmarkt 15. Bitte auf Firma zu achten.

Die Tapisserie-Manufactur C. Hesse, Kgl. Hoflief., Dresden, Altmarkt,
empfiehlt ihr grosses Lager fertig garnirter Tragbänder u. seidener Börsen (eigenes Fabrikat) in allen Preislagen.

Nr. 353. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 18. Decbr.: Frischer unbestimmter Wind. Meist trübes, etwas kälteres Wetter mit Schnee. | Dresden, 1884. **Donnerstag, 18. Decbr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

In der ganzen Nation grollt der Unwille über die unwürdigen Vorgänge im Reichstage nach. Die vaterländische Empfindung fühlt sich empört, daß erbärmlicher Fraktionsgeist, kleinliche Nörgelei und persönliche Rankune die Entscheidung im Reichstage abgeben. Was sind da Reichsinteressen, sobald nur Jene triumphiren? Aber bis tief hinein in die deutschfreisinnige Presse schämt man sich der getroffenen Beschlüsse. Die Abgeordneten dieser Partei haben, als sie dem Reichskanzler die dringend geforderten 20,000 Mark strichen, nicht im Sinne der großen Mehrheit ihrer Parteigenossen gehandelt. Man versteht eben im Volke diese That der Opposition einfach nicht. Jedes Kind begreift, daß irgendwie dafür gesorgt werden muß, die gesteigerte Geschäftslast im Auswärtigen Amte zu bewältigen. Die vorhandenen Arbeitskräfte reichen nicht mehr aus, seitdem das Reich seine jetzige Weltmachtstellung gewonnen, seitdem seine Beziehungen zum Auslande sich enorm ausgedehnt haben, seitdem es den im Auslande lebenden Deutschen Schutz, dem deutschen Handel nach außen Förderung in einem Umfange angedeihen läßt, von dem früher nie die Rede war. Der Reichstag hat es dem Fürsten Bismarck abgeschlagen, die erhöhte Arbeitsleistung durch eine vergrößerte Organisation zu besorgen; im Nothfalle, da doch die Welt nicht stille stehen kann, weil wir einen Reichstag von schwachem Nationalgefühl haben, wird der Kanzler den Bedürfnissen des Auswärtigen Amtes durch Herbeiziehung von Hilfskräften zu genügen suchen. Das ist seither schon geschehen. Zweckmäßiger ist freilich die richtige Vergrößerung. Möglicherweise hat bis zur 3. Lesung das Centrum ein Einsehen. Die katholischen Wähler werden bis dahin ihr Erstaunen über das Verhalten ihrer Abgeordneten schon zum Ausdruck bringen. Die Rache des Centrums für die während der Wahlen erfolgte Verunglimpfung durch die offiziöse Presse und für die bundesräthliche Ablehnung des Windthorst'schen Antrages erscheint hinreichend durch das Nein! der zweiten Lesung gekühlt. Dies merkte man schon am Tage darauf, als es sich um die Neuforderungen für das Konsulatwesen handelte. Auch hier wurde zwar „gespart", d. h. alle Geldmittel aufs Aeußerste beschnitten; aber Windthorst ließ doch durchblicken, daß er in der dritten Lesung die ursprünglichen Forderungen bewilligen würde. Die weise Tugend des Sparens schlägt in ihr Gegentheil um, wenn sie in Knickerei ausartet und am unrechten Orte geübt wird. Jeder Kaufmann sagt sich — der „Reichsbote" wendet dieses glückliche Bild an — daß es eine Thorheit ist, wenn er beim Aufschwunge seines Geschäfts lieber die Kunden fortschicken, als einen Gehilfen mehr nehmen wollte. Der Reichstag verstand sich mit großer Mühe dazu, für die deutschen Handelsinteressen in Südafrika einen solchen Gehilfen in Gestalt eines Berufskonsuls nach der Kapstadt zu schicken, aber er gewährte ihm nur ein unzulängliches Gehalt. Die wachsenden Handelsinteressen Deutschlands in überseeischen Ländern drängen immermehr dazu, die bloßen kaufmännischen Konsulate in Berufskonsulate umzuwandeln. Ein kaufmännischer Konsul ist, wie Abg. Woermann sachkundig ausführte, durch seine Privatgeschäfte oft verhindert, den eigenen Konkurrenten gegenüber sein Amt mit der nöthigen Unparteilichkeit wahrzunehmen. Nur ein Reichsbeamter, ein Berufskonsul ist dazu im Stande. Er hat auch den überseeischen Behörden gegenüber eine ganz andere Autorität. Der Reichstag war einig, daß ein solcher im Kaplande den bisherigen kaufmännischen Konsul ersetzen solle, aber er wollte sich nur mit einem gewöhnlichen, nicht einem Generalkonsul begnügen, und er verkürzte auch das Gehalt von 24 auf 16 Tausend Mark. Gerade aber die wachsende Bedeutung deutschen Handels nach Südafrika, die Nähe von Angra Pequena, die Verwickelungen Englands mit den Boers verlangen am Kap die Gegenwart eines höheren diplomatischen Vertreters. Leider hat die Reichsregierung diejenigen Momente, die hierfür sprechen und die ein Gehalt in Höhe von 24,000 M. rechtfertigen (das Kapland muß ein niederträchtig theures Pflaster sein), so mangelhaft in der Budgetkommission vorgeführt, daß die Beschneidung ihrer Forderungen sich nicht blos aus Oppositionsmacherei erklären läßt.

Mühsam schleppen sich auch die Verhandlungen der Dampfersubvention in der Kommission hin. Das Centrum überreicht in jeder Sitzung einen langen Fragezettel. Theilweise sind die Fragen ganz wohlbegründet. Man will wissen, wie gerade die Regierung auf die Summe von 5,400,000 Mk. als Jahresunterstützung gekommen ist, wie sie die Unterstützung auf die verschiedenen Linien zu vertheilen gedenkt, wie groß die Schnelligkeit der künftigen Reichspostdampfer sein wird, ob man neue Dampfer bauen oder ältere neu aufputzen wolle? Hierüber muß eine Volksvertretung Klarheit erhalten. Die Anschauung ist auch vollkommen berechtigt, daß, wenn man einmal so bedeutende Reichsmittel ausgiebt, dann wenigstens auch etwas Zweckentsprechendes geschaffen, ja etwas Vorzügliches geleistet werde. Das Neuaufputzen alter ausrangirter Kasten, die Verwendung langsamer Dampfer ist grundsätzlich zu vermeiden. Auch betreffs der Ausgangshäfen der künftigen deutschen Reichspostdampferlinien ist die Stimme des Reichstages zu berücksichtigen. Es machen sich da ganz widersprechende Wünsche und Gesichtspunkte geltend. Der eine Theil will die Dampfer nur aus niederländischen Häfen auslaufen, der andere die von Hamburg und Bremen auslaufenden Dampfer jene nur anlaufen lassen; Etliche empfehlen für letzteren Zweck eine außergewöhnliche Herabsetzung der Eisenbahnfrachten für die nach Hamburg und Bremen bestimmten, den Postdampfern zugedachten Waaren des Binnenlandes; Andere führen dagegen an, daß man wegen dieser Güter doch nicht die gesammten deutschen Eisenbahntarife auf den Kopf stellen könne. Es hat seine großen Schwierigkeiten, da das Richtige zu treffen. Zu vermeiden ist unbedingt, daß, wenn die deutschen Dampfer künftig von Rotterdam, Amsterdam u. s. w. ausgehen sollten, wir eine niederländische und keine deutsch-nationale Linie schaffen. Ein heftiger Streit ist in Süddeutschland auch darüber entbrannt, ob Genua oder Triest der zweckmäßigste Ausgangshafen für die vom Mittelmeer abzufertigenden Postdampfer nach Ostasien sei? Wie gesagt, über diese und eine große Reihe hier einschlagender Fragen muß im Reichstage Gewißheit geboten werden. Hingegen erscheint uns die Mahnung der Regierungsvertreter recht wohl am Platze, welche den Mitgliedern der Dampfer-Kommission ans Herz legten, nicht auf die Ziffern das einzige Gewicht zu legen, sondern das ganze Unternehmen von den höheren nationalen Gesichtspunkten aus zu betrachten. Wer die Vorlage deshalb bemängelt, weil nicht positive Ziffern über eine ausreichende Rentabilität des Reichsunternehmens beschafft werden können, der stellt sich von Haus aus auf einen unrichtigen Standpunkt. Mit der Zeit wird das Unternehmen sich rentiren; Niemand vermochte auch vor der Erbauung der Eisenbahnen deren Rentabilität annähernd zu berechnen. Wenn aber, wie ganz sicher angenommen, in den ersten Jahren eine landesübliche Verzinsung des aufgewendeten Kapitals nicht zu erwarten ist, so soll man über diesem finanziellen Mangel nicht die volkswirthschaftlichen Vortheile, die Belebung des Handels, die Vermehrung von Arbeit und Verdienst daheim, vergessen. Ein Aufschwung der deutschen Ausfuhr ist schon aus der einen Thatsache zu erwarten, daß unsere Erzeugnisse künftig nicht mehr nöthig haben, unter fremder Firma aufzutreten. Die nationale Seite der Frage, die patriotische Genugthuung über das Wehen der deutschen Postflagge in fernen Meeren, ist freilich Etwas, womit man den Mehrheitsparteien im Reichstage jetzt gar nicht kommen darf.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 17. Decbr.

Berlin. Reichstag. Abg. v. Jazdzewski begründet den Antrag der polnischen Fraktion auf Zulassung der polnischen Sprache als Gerichtssprache in den Landestheilen polnischer Zungen. Das jetzige Verfahren schaffe verschiedene Kategorien der Bevölkerung und damit Unzufriedenheit, die auf die Dauer Untreue hervorzurufen geeignet sei. Seine Fraktion werde nicht müde werden, die polnischen Beschwerden immer und immer wieder vorzubringen, bis denselben Abhilfe geschehen. Staatssekretär Dr. v. Schelling: Die verbündeten Regierungen seien nicht bereit, in eine Erneuerung des Streites einzutreten, der mit der Feststellung der gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen sein Ende gefunden. Die praktischen und politischen Momente seien damals zur Genüge behandelt worden. Abg. v. Unruh-Bomst wendet sich eingehend gegen die Ausführungen v. Jagdzewski's. Unruh bestreitet, daß die Regierung germanisirende Tendenzen verfolge. Junggreen wünscht die Ausdehnung des Antrags auf die dänische Sprache in Nordschleswig. Staudi erklärt sich gegen den Antrag über die Zuziehung eines Dolmetschers. Liebknecht hält die Wiederherstellung Polens für eine berechtigte Forderung. Cuny verwirft dessen Standpunkt als unnational und erklärt sich prinzipiell gegen den Antrag Jagdzewski. Windthorst erklärt die Tendenz des Antrags für berechtigt und verlangt eine strenge Prüfung in der Kommission. Prinz Radziwill bestreitet, daß die Polen bei Anstrebung ihrer nationalen Ziele auf revolutionärem Standpunkte sich bewegten. Der Antrag wird an eine Kommission verwiesen. Liebknecht begründet den Antrag auf strafrechtliche Verfolgung der Polizeibeamte, die nach dem vorjährigen Kopenhagener Sozialistenkongreß die Abg. Vollmar und Frohme in Kiel verhafteten. Geh. Rath Weyhemann bestreitet, daß eine absichtliche Verletzung der Verfassung vorliege. Uebrigens sei noch nicht festgestellt, ob Vollmar und Frohme wirklich nach Berlin zum Reichstage reisten. Vollmar bestreitet, daß die Beamten bona fide gehandelt hätten, denn es seien höhere vom Berliner Polizeipräsidium Abgeschickte gewesen. Der Antrag wird auf Vorschlag Windthorst's der Geschäftsordnungskommission überwiesen und es folgt die dritte Berathung des fortschrittlichen Diätenantrags. Windthorst erklärt sich für denselben, vorausgesetzt, daß durch die Ausführung dieses Antrags die Institution des allgemeinen direkten geheimen Wahlrechts nicht beeinträchtigt werde. Richter: Seine Partei wolle auch mit dem Antrag das bestehende Wahlrecht nicht gefährden. v. Helldorf spricht gegen den Antrag. Sabor (Soz., Vertreter f. Frankfurt a. M.) erklärt, er stimme für den Antrag in der Erkenntniß, daß es zum Wohle des Volkes gereiche, wenn jeder Wähler auch Gewählter sein kann. (Heiterkeit!) Wenn Sie lachen, so sieht man hieraus, was Sie von Volksrechten halten (erneute Heiterkeit). (Mit erhobenem Finger) Wenn Sie noch einmal lachen (stürmische Heiterkeit auf allen Seiten) ich fahre fort, ohne zu untersuchen, was Ihr Gelächter bedeutet und ohne auf den Ton einzugehen, der meinen Gewohnheiten widerspricht (Heiterkeit). Nachdem Sabor dergestalt das Haus längere Zeit amüsirt hatte, wurde der Diätenantrag mit bekannter Majorität angenommen. — Morgen letzte Sitzung vor den Ferien: Definitive Präsidentenwahl, Krankenkassenantrag, Wahlprüfungen.

Berlin. Der Bundesrath beräth morgen in der 2. Lesung die Postsparkassenvorlage, den Reichszuschuß zum Bremer Zollanschluß, Eingaben um Erhöhung der Getreidezölle. — Dem Reichstage ging eine Vorlage, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Transportgewerke, zu. Die Petitionskommission des Reichstags beantragt, die Petitionen der sächs.-böhm. Dampfschifffahrtsgesellschaft und der Elbschifffahrts-Gesellschaft „Kette" um Rückerstattung der Stempelbeträge für Werthpapiere dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Braunschweig. Der außerordentliche Landtag wurde Namens des Regentschaftsrathes vom Staatsminister Wrisberg unter Hinweis auf die bevorstehende Eröffnung des ordentlichen Landtages beschlossen. Seit seiner Vertagung seien keine Ereignisse eingetreten, welche die Einberufung eines außerordentlichen Landtages veranlaßt hätten.

Braunschweig. Die heutige außerordentliche Generalversammlung der braunschweigischen Eisenbahngesellschaft hat den Vertragsentwurf, betreffend die Uebergabe des braunschweigischen Eisenbahnunternehmens an den preußischen Staat genehmigt.

Frankfurt a. M., 17. December. Credit 245⅝, Staatsbahn 250½, Lombarden —, 60er Loose —, Oesterr. Silberrente —, Papierrente —, Galizier 230½, Oesterr. Goldrente —, 4% Ung. Goldrente 78⅝, 77er Russen —, 80er Russen —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe —, 3. Orientanleihe —, Ungar. Papierr. —, Disconto 207,43, Egypter 64⅝, Gotth.-E. —, Serben —. Ruhig.

Wien, 17. December. Credit 293,60, Staatsbahn 299,40, Lombarden 147,40, Nordwestb. 171,50, Marknoten 60,27½, Ung. Goldr. 302,75, Elbethal —. Schwach.

Paris, 17. Decbr. Schluß. Rente 78,50, Anleihe 108,70, Italiener 96,50, Staatsbahn 627,50, Lombarden 315,00, do. Prioritäten —, Egypter 324,00, Oest. Goldrente —, Spanier 60⅝, Ottomanen 580,00, Tabaksaktien —. Schwach.

London, 17. December, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99⅝, 1873er Russen 96½, Italiener 97¼, Lombarden 12⅝, Türken 8⅛, 4% fund. Amerik. 125½, 4% Ungar. Goldrente 79¼, Oesterr. Goldrente 85½, Preußische Consols 103, Egypter 64¼, Ottomanbank 15⅝, Suez-Aktien 7½/8. — Stimmung: Ziemlich fest. — Wetter: Kalt.

Breslau, 17. December, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proc. pr. December-Januar 40,60, pr. April-Mai 43,50, Juli-August 45,00. Weizen pr. December 155,00. Roggen pr. December 132,00, pr. April-Mai 134,00, pr. Mai-Juni 136,00. Rüböl pr. December 51,50, pr. April-Mai 53,00, Mai-Juni 53,00. Ruhig. — Wetter: Veränderlich.

Stettin, 17. December, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen fest, loco 148–156, pr. April-Mai 162,00, pr. Mai-Juni 161,00. Roggen fest, loco 132–134, pr. April-Mai 137,00, pr. Mai-Juni 137,50. Rüböl unverändert, 100 Kg. pr. December 50,00, pr. April-Mai 51,50. Spiritus fest, loco 41,60, April-Mai 41,60, pr. Juni-Juli 44,30. Petroleum loco 8,6.

London, 17. Decbr. Weizen ruhig, englischer stetig, fremder nominell, unverändert, schwer verkäuflich. Hafer Tendenz niedriger, Mehl träge, Gerste stetig, Mais knapp, fest. — Wetter: Milder.

Lokales und Sächsisches.

— **Anarchistenprozeß vor dem Reichsgericht.** Sitzung vom Dienstag. In der Fortsetzung der Verhandlungen über das Elberfelder Attentat bekundet der Zeuge Palm wie in der Voruntersuchung, Reinsdorf habe sich als Emissär aufgespielt und gesagt, es müsse Dynamit angewendet werden, Verräther würden von London und Amerika aus getödtet. Im August 1883 soll Reinsdorf nach Wiesbaden gereist sein, um im Kursaal eine Explosion zu bewirken. Er unterließ es angeblich wegen der Anwesenheit vieler Frauen und Kinder. Reinsdorf habe Geldsendungen aus England erhalten. Dieser erklärt dies Alles für unwahr. Der Angeklagte Holzhauer bestreitet im Widerspruch mit seiner Aussage in der Voruntersuchung, daß Reinsdorf geäußert habe, er wolle bei dem Elberfelder Sedanfeste Dynamitpatronen unter die Festversammlung werfen. Aus den Aussagen der Schutzleute, die Bachmann verhafteten, geht hervor, daß Reinsdorf Bachmann durch Geldversprechungen zu dem Elberfelder Attentate verleitete. Hierdurch und weil andere Zeugen bekunden, daß Bachmann fanatische Reden geführt, gestaltet sich dessen Position ungünstiger. Klempner Stuhlmann erklärt auf's Bestimmteste, Reinsdorf sei der Besteller der zum Aufbewahren des Dynamits verwendeten Blechbüchsen gewesen. Reinsdorf leugnet dies und sucht, wie gestern, Widersprüche in den Zeugenaussagen zu entdecken. Die Sachverständigen, Dr. Sintenis (Elberfeld) und Pagenstecher sagen aus: Nach den Zerstörungen bei Willemsen zu schließen, sind nicht weniger als 100 Gramm Dynamit in der Blechbüchse gewesen. In der Büchse befand sich auch eine Quantität gehacktes Blei. Wenn dasselbe explodirt wäre, während Menschen im Zimmer waren, dann wären dieselben unfehlbar getödtet worden. Nach einer Pause wird der Angeklagte, Sattlergeselle Rupsch verhört. Er erklärt sich nicht schuldig, den deutschen Kaiser und andere Bundesfürsten haben tödten zu wollen, auch sei er weder Anarchist noch Sozialist. Durch Reinsdorf, den er durch Holzhauer kennen lernte, sei er aufgefordert worden, das Attentat auf den Kaiser auszuführen. Die verdeckte Zündschnur sollte über den vom Kaiser zu passirenden Weg gelegt und angezündet werden. Von Holzhauer, Söhngen und Töllner erhielt er das Reisegeld. Küchler und Rupsch reisten dann zusammen nach Rüdesheim. Nachdem der Plan, das kaiserliche Zelt in die Luft zu sprengen, aufgegeben war, fand man die erwähnte Drainage-Leitung, und machte Alles zur Explosion fertig. Rupsch und Küchler begaben sich am Festmorgen dahin. Rupsch hatte den Auftrag, den Kaiser auf 50 Schritte herankommen zu lassen und dann die Zündschnur anzuzünden. Er machte angeblich nur die Zündschnur mit der Cigarre schwarz. Küchler habe geglaubt, die Zündschnur sei verkohlt und entwarf den Plan, den Kaiser während der Rückkehr des Festzuges zu tödten. Diesesmal zündete Rupsch die Schnur an, durchschnitt sie aber alsbald wieder. Küchler wollte nach dem Mißlingen des Attentates sofort nach Wiesbaden, um dort den Kaiser zu ermorden, wovon ihn Rupsch angeblich abgehalten habe. Ebenso will Rupsch verhindert haben, daß die Explosion in der Festhalle einen ernstlichen Schaden anrichtete. Der Präsident bezeichnet diese Erzählung des Rupsch als unwahr, er versuche, sich reinzuwaschen zu Ungunsten seiner Komplicen. Jedenfalls scheint der Angeklagte als ein verworrener, unselbstständiger Mensch, der als Werkzeug Reinsdorf's handelte. Der Präsident stellt fest, daß Rupsch, der vorgiebt, er habe die Explosion vereiteln wollen, nach dem mißlungenen Attentat mit den Genossen verkehrte, sich Most's „Freiheit" schicken ließ, Reinsdorf als seinen Freund bezeichnete und anarchistische Redensarten gebrauchte. Im weiteren Verlaufe des Verhörs versucht Rupsch die Unwahrscheinlichkeiten seiner Aussage in der Voruntersuchung zu verbessern, verwickelt sich aber dadurch in Widersprüche. Seine Aussagen sind mehr belastend für die Genossen, als entlastend für ihn. Er weiß beispielsweise nicht mehr genau zu sagen, ob er die Zündschnur erst durchschnitt und dann anzündete, oder umgekehrt. Der Angeklagte Küchler erklärt sich nicht schuldig und rechtfertigt sich gegen die Anklage. Er will ebenfalls von Reinsdorf verleitet sein und versucht haben das Attentat zu verhindern, lediglich deshalb sei er mit Rupsch nach Rüdesheim gefahren. Er habe sich überhaupt nur insoweit an der Legung der Mine betheiligt, als daß er die Zündschnur aufwickelte und habe dem Rupsch die Sache schließlich vollständig überlassen, da er überzeugt gewesen wäre, die Schnur würde sich infolge der großen Nässe nicht entzünden. Auch er bestreitet ein Anarchist zu sein. Seine Verhaftung habe er nur deshalb der „Freiheit" gemeldet, damit von der Parteileitung für seine Familie gesorgt werde. Allein, dieselbe sei bisher von keiner Seite unterstützt worden. Wenn die Aussagen des Angeklagten schon an und für sich geeignet waren, gelinde Zweifel zu erwecken, so mußte die Mittheilung des Präsidenten, daß Küchler gestern versucht hat, mittelst eines sogenannten Kassibers (Bezeichnung der Gaunersprache für geheime schriftliche Mittheilung) seine Verwandten darüber zu benachrichtigen, wie es nach seiner Meinung möglich gemacht werden könne, daß er aus dem Gefängniß fliehe, die Meinung wider den Angeklagten nur noch bestärken. Küchler erklärte diese Handlungsweise unter großer Heiterkeit der Zuhörer als eine „Vorsichtsmaßregel". Die Verhandlung, der der Herr Justizminister v. Abeken wiederum beiwohnte, wurde 5/4 Uhr geschlossen. — Gestern wurde mit der Vernehmung des Angeklagten Küchler fortgefahren. Derselbe bleibt dabei, daß er das Attentat auf dem Niederwald vereitelt habe, nicht Rupsch. Nach der Instruktion Reinsdorf's hätte der Wagen mit dem Kaiser geschont werden sollen. Die Explosion in Rüdesheim sei Rupsch's eigenes Werk, er, Küchler, sei nicht dabei gewesen. Küchler hat ein Kassiber an Holzhauer zu schicken versucht und damit einen Artikel in Most's „Freiheit" zu bringen beabsichtigt. Der Angeklagte bezweckt damit einen Aufruf an die Frauen behufs Unterstützung der Frauen der Angeklagten. Rupsch erklärt die Aussage Küchler's für Lug und Trug, die seinigen seien allein wahr. Beide Angeklagte bleiben bei ihren Versicherungen. Die Vernehmung Reinbach's, Sorhagen's und Töllner's bietet kein Interesse. Den Küchler wollen sie nicht gekannt haben. Töllner schützt völlige Trunkenheit am fraglichen Abende vor, was Rupsch bestätigt.

— In der letzten Versammlung des **Realschullehrer-Vereins** sprach Oberlehrer Dr. Fietz ausführlich über die Schrift des Dir. Dr. Knape, Ratibor: „Gymnasium und Realgymnasium". Liest man die ruhigen Auseinandersetzungen des Verfassers, daß beide Anstalten ihre Schüler in gleichem Alter und mit gleicher Vorbildung aufnehmen, sie gleich lang unterrichten und daß in beiden 75 Procent des Gesammt-Unterrichts gleich sind, so kann man sich kaum seiner Folgerung verschließen, auch den Abiturienten der Realgymnasien sei zu den bisherigen Berechtigungen die Zulassung wenigstens zum medicinischen Studium zu gewähren. Erst dann könne der Staat sagen: „Mit gleicher Liebe lieb' ich alle meine Kinder". Allseitig stimmte man dem Berichterstatter bei, daß Eltern, welche beim Jahreswechsel sich über die Wahl einer Schulanstalt für ihre Söhne zu entscheiden haben, diese Schrift warm empfohlen werden könne.

Lamas u. Flanelle empfiehlt Marie Uhlig geb. Metzler, 6 Antonsplatz 6, Portikus.

SLUB Wir führen Wissen.